



Niederschrift

54. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 16.08.2006
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrud	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Sitzungsleitung
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Heinzl, Horst	CDU	entschuldigt
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Bürgermeister und Beigeordneter GB 1, Herr Exner
Beigeordnete GB 2, Frau Gabriele Fischer
Fachbereichsleiter Umwelt und Gesundheit sowie Soziales, Wohnen und Senioren, Herr Ernst, i.V. für den GB 3
Fachbereichsleiter Stadtplan und Bauordnung, Herr Goetzmann, i.V. für den GB 4
Fachbereichsleiter Jugendamt, Herr Schweers, zu TOP 3 und 4
Frau Eisenhauer, Bereich Beteiligungsmanagement, zu TOP 7 und 13.1
Frau Calek, Leiterin Rechtsamt
Herr Müller-Zinsius, Geschäftsführer Pro Potsdam GmbH, zu TOP 7 und 13.1
Herr Westphal, Geschäftsführer Pro Potsdam GmbH, zu TOP 7 und 13.1
Herr Paffhausen, Geschäftsführer Stadtwerke, zu TOP 10.1
Herr Ralph Zachrau, Potsdamer Bürgerinitiative für das Brandenburger Tor „Freies Tor“, zum Thema: „Forderungen zum bevorstehenden Weihnachtsmarkt 2006“
Herr Schrewe, Bereich Straßenverkehr, zu Thema: Weihnachtsmarkt Initiative „Freies Tor“ und FDP-Potsdam zum Thema: Events in der Potsdamer Innenstadt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28. Juni 2006
- 2 Lenindenkmal an der Hegelallee
Vorlage: 06/SVV/0113
Fraktion CDU
- 3 Förderung von Familien
Vorlage: 06/SVV/0475
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungsvorlage - Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0509
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 5 Aufstellung von B-Plänen als Satzung
Vorlage: 06/SVV/0432
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 5.1 Mitteilungsvorlage - Bauleitplanerische Satzungsbeschlüsse ohne Inkrafttreten durch Schlussbekanntmachung
Vorlage: 06/SVV/0566
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 6 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 7 Neuregelung der Vorlagepflichten der PRO POTSDAM GmbH im Hauptausschuss
Vorlage: 06/SVV/0485
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 8 Externe Besetzung der Stelle 330 000 03, Fachbereichscontroller/in für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt
Vorlage: 06/SVV/0569
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 9 Externe Stellenausschreibung 'SB Bußgeld- und ordnungsbehördliche Verfahren'
Vorlage: 06/SVV/0609
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmangement
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Sachstandsbericht zum Freizeitbad Potsdam
- 10.2 Standortentwicklungsprogramm
- 10.3 Stadt der Wissenschaft

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28. Juni 2006**

Die Stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Frau Knoblich, begrüßt die Anwesenden. Frau Knoblich schlägt vor, vor Eintritt in die Tagesordnung Herrn Zachrau als Vertreter von zwei Bürgerinitiativen, die Potsdamer Bürgerinitiative für das Brandenburger Tor „Freies Tor“ und den FDP-Arbeitskreis Innenstadt und Tourismus, die Gelegenheit zu geben, das Ergebnis der Umfrage in der Potsdamer Innenstadt sowie die Forderungen zum bevorstehenden Weihnachtsmarkt 2006 darzulegen.

Vonseiten der Mitglieder des Hauptausschusses wird zu dem Vorschlag Einverständnis geäußert. Anschließend trägt Herr Zachrau kurz die Ergebnisse der Umfrage vor (siehe Anlage). Herr Zachrau verbindet dies mit der Bitte an die Mitglieder des Hauptausschusses, darauf hinzuwirken, dass 1.) die Stadtverwaltung ihre Verantwortung wahrnimmt, 2.) mehr Transparenz in den Auswahlkriterien gebracht wird, 3) mehr Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden und 4.) eine bessere Kommunikation erfolgt (siehe Anlage).

Herr Zachrau richtet die Bitte an die Mitglieder des Hauptausschusses, sich der eilbedürftigen Problematik „Weihnachtsmarkt 2006“ schnellstmöglich anzunehmen; für nähere Erläuterungen zu den Befragungsergebnissen und den Folgerungen stehe man gern zu Verfügung. Herr Zachrau bittet weiterhin darum, dass umgehend, d.h. noch in der nächsten Woche, ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister stattfindet. Die Forderungen zum bevorstehenden Weihnachtsmarkt 2006 sowie das Ergebnis einer Unterschriftensammlung werden im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Zachrau dem Bürgermeister und Beigeordneten Geschäftsbereich 1 in Vertretung des Oberbürgermeister, Herrn Exner, sowie den Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich übergeben und dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Knoblich informiert, dass mit Herrn Exner vereinbart worden sei, dass das **Thema „Weihnachtsmarkt“** in einer der Sitzungen des Hauptausschusses im September 2006 (Vorschlag: 20.09.06) als Tagesordnungspunkt aufgenommen werde und man sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen werde.

In der anschließenden Diskussion bittet auch Herr Dr. Scharfenberg darum, dass das Gespräch mit dem Oberbürgermeister in der nächsten Woche stattfindet; dementsprechend bittet er um **Information im Hauptausschuss am 6. September 2006**.

Herr Exner kann dies nicht zusagen, wird aber mit dem Oberbürgermeister prüfen, ob dies terminlich möglich ist.

Herr Mike Schubert schlägt diesbezüglich vor, dass das Gespräch mit dem Oberbürgermeister noch vor dem nächsten Hauptausschuss am 6. September 2006

stattfindet, damit der Oberbürgermeister dann im Hauptausschuss am 6. September 2006 berichten kann.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert für die Fraktion DIE LINKE, PDS nochmals dafür, dass das Gespräch in der nächsten Woche stattfindet und im Hauptausschuss am 6. September 2006 berichtet wird.

Die Stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Frau Knoblich, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. **Es sind 16 Mitglieder anwesend.**

Frau Knoblich schlägt zur Tagesordnung vor, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sowie 5 und 5.1 zusammen zu behandeln.

Herr Bretz schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2 zurückzustellen, da der Kulturausschuss erst in seiner Sitzung am 17.08.06 den von der Fraktion Die Andere gestellten Änderungsantrag behandeln werde.

Herr Grünberg spricht sich namens der Antragstellerin gegen die Zurückstellung aus.

Frau Knoblich stellt den Antrag zur **Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 2** zur Abstimmung:

Dem wird mehrheitlich (8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 4 Stimmenthaltungen) **zugestimmt.**

Weiterhin beantragt Herr Bretz, den Tagesordnungspunkt 4 zurückzustellen, weil die Leitlinien der Familienpolitik noch nicht in allen Fachausschüssen beraten werden wurden.

Frau Dr. Sigrid Müller weist darauf hin, dass die Behandlung in den Ausschüssen auf der Grundlage der durch den Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Gesundheit und Soziales geänderten Fassung vorgenommen werden solle.

Herr Mike Schubert spricht sich dafür aus, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zusammen zu diskutieren; dementsprechenden sollten beide Tagesordnungspunkte zurückgestellt werden.

Frau Knoblich stellt die **Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 3 und 4** zu Abstimmung.

Dem wird mehrheitlich (mit einer Stimmenthaltung) **zugestimmt.**

Frau Knoblich stellt die **Tagesordnung mit den Änderungen** zur Abstimmung. Der geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt.**

Frau Knoblich stellt die Frage, ob es Änderungshinweise oder – vorschläge zum Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses am 28. Juni 2006 gibt. Das ist nicht der Fall. Frau Knoblich stellt das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 28. Juni 2006 zur Abstimmung.

Dem Protokoll wird mehrheitlich (mit 4 Stimmenthaltungen) zugestimmt.

zu 2 **Lenindenkmal an der Hegelallee**
Vorlage: 06/SVV/0113

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 3 **Förderung von Familien**
Vorlage: 06/SVV/0475

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 4 **Mitteilungsvorlage - Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 06/SVV/0509

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 5 **Aufstellung von B-Plänen als Satzung**
Vorlage: 06/SVV/0432

Wie Herr Dr. Scharfenberg eingangs anmerkt, seien Ziel und Hintergrund des Antrages klar; die Frage sei, inwieweit sich der Hauptausschuss dazu positionieren könne.

Herr Exner bestätigt das Anliegen des Antrages, gibt aber zu bedenken, dass man genau darauf schauen müsse, wie man dem entsprechen könne. So könne es z.B. rechtliche und tatsächliche Gründe geben, die einen an der Umsetzung eines Bebauungsplanes hindern.

Herr Exner trägt den **Änderungsvorschlag** der Verwaltung vor. Dieser wird schriftlich ausgereicht.

Herr Dr. Scharfenberg äußert u.a. dazu, dass mit dem Vorschlag der Verwaltung dem Grundanliegen des Antrages der Fraktion entsprochen werde; insoweit könne man dem Änderungsantrag zustimmen.

Herr Schüler führt u.a. aus, dass die Fraktion Grüne/B90 dem Antrag der DIE LINKE, PDS zustimmen könne.

Herr Schüler äußert im Weiteren seine Bedenken bzw. seine Beunruhigung bezüglich des Inhalts der Mitteilungsvorlage der Verwaltung zu TOP 5.1. Wie er u.a. ausführt, sei er sehr überrascht und irritiert, dass die StVV so viele Satzungsbeschlüsse gefasst habe, die fehlerhaft waren. Noch gravierender betrachte er die Aussage, dass in 9 Fällen der B-Plan nicht umgesetzt worden ist, weil keine Veröffentlichung erfolgt ist und der B-Plan nicht in Kraft getreten ist, gleichwohl die geplanten Vorhaben abgeschlossen sind, also umgesetzt wurden. Dies bedeute, dass ohne planungsrechtliche Grundlage und ohne Genehmigung gebaut worden sei. Er wirft die Frage auf, wozu die Stadtverordneten dann noch über B-Pläne entscheiden zumal die Stadtverordneten bei der Beschlussfassung davon ausgingen, dass dem die ordentliche Bekanntmachung folgt.

Herr Mühlberg stimmt in seinen Ausführungen dem Änderungsvorschlag der Verwaltung zu. Er ist weiter der Auffassung, dass das Problem vermeidbar wäre, wenn man z.B. in den Beschlussvorschlag einen weiteren zur Verfahrensweise aufnimmt, der die Veröffentlichung beinhaltet.

Dem widerspricht Herr Exner und verweist auf die Gemeindeordnung und die Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg, die die Bekanntmachungen regelt. Danach ist der Oberbürgermeister für die ordnungsgemäße Bekanntmachung zuständig.

Frau Bankwitz unterstützt in ihren Ausführungen die Bedenken von Herrn Schüler. Sie merkt im Weiteren zur Nr. 19 Bau- und Heimwerkermarkt Fritz-Zubeil-Straße u.a. an, dass keine naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen stattgefunden haben, weil keine Fläche zur Verfügung stand.

Dazu merkt Herr Goetzmann u.a. an, dass einzelne Maßnahmen aus dem Städtebaulichen Vertrag noch ausstehen; diese seien durch andere Maßnahmen ausgeglichen worden. Ein maßgeblicher Anteil der Ausgleichsmaßnahmen werde realisiert.

Herr Goetzmann führt zu den Bedenken von Herrn Schüler u.a. aus, dass die aufgeführten Schwierigkeiten erst deutlich wurden, als die Baugenehmigung erteilt wurde. In den 90er Jahren lag der Bauantrag schon vor dem Satzungsbeschluss vor. Herr Goetzmann betont, dass keines der Vorhaben ohne Genehmigung gebaut worden sei. Die planerischen und baurechtlichen Voraussetzungen waren gegeben.

Herr Goetzmann räumt ein, dass sehr wohl eine Korrektur erfolgen müsse, wirft jedoch die Frage auf, ob es sinnvoll ist, alle Energien daran zu setzen. Die Analyse sei wichtig gewesen und jetzt müsse man sehen, wie man die Dinge bereinige. Was er als nicht fair empfinde sei, dass man jetzt die „Prügel“ für eine Vorgängerverwaltung erhalte, von der man die „Rechtsnachfolge“ übernommen habe.

Herr Exner merkt an, dass der überwiegende Teil der Satzungsbeschlüsse aus den 90er Jahren stamme; für ihn stelle sich die Frage, inwieweit hier materieller Schaden entstanden sei bzw. etwas materiell-rechtswidriges vorliege, da es sich zumeist um formale Fragen handele.

Als Beispiel wird der Freizeitpark Drewitz angeführt. Zur Zeit der Bearbeitung des B-Planes herrschte in den neuen Bundesländern auch in Sachen Baurecht noch ein erheblicher Nachholbedarf etwas bei der Schaffung von Bebauungsplänen oder V- und E-Plänen, so dass viele diesbezügliche Arbeiten parallel liefen, um Projekte zu verwirklichen.

Frau Bankwitz äußert Verständnis für die Argumentation von Herrn Goetzmann, ist aber auch der Auffassung, dass die Planungsreife nicht immer gegeben war. Sie macht weiter deutlich, wenn die Stadtverordneten sich schon mit den Satzungsbeschlüssen auseinandersetzen müssen, müssen ihnen auch die entsprechenden Informationen zustehen. Außerdem erspare dies Rückfragen.

Herr Schüler macht u.a. deutlich, dass man sicherlich prüfen müsse, inwieweit materieller Schaden entstanden ist, allerdings sei das Verfahren auch wichtig genug als dass es eingehalten werde, z.B. dürfe keine Baugenehmigung erteilt werden, bevor nicht die Stellungnahmen der Träger Öffentlicher Belange vorlie-

gen etc. Die Versicherung, dass die B-Planverfahren künftig eingehalten werden sollen, beruhige ihn nicht; vielmehr sei zu überlegen, das Rechnungsprüfungsamt mit einer Prüfung zu beauftragen.

Frau Knoblich stellt den Änderungsvorschlag zur DS 06/SVV/0432 – Aufstellung von B-Plänen als Satzung – zur Abstimmung.

Dem Änderungsvorschlag der Verwaltung wird mehrheitlich (mit einer Stimmenthaltung) zugestimmt.

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die von der Stadtverordnetenversammlung als Satzung beschlossenen Bebauungspläne unverzüglich öffentlich bekannt gemacht und ausgelegt werden, sofern und sobald die Möglichkeit der Umsetzung des jeweiligen Bebauungsplanes rechtlich und tatsächlich gesichert ist.**
- 2. Erweist sich ein Bebauungsplan nach Beschlussfassung als Satzung als nicht umsetzbar, wird der Oberbürgermeister beauftragt, unverzüglich einen Verfahrensvorschlag zur Änderung oder Aufhebung des Bebauungsplanes zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke sind der Stadtverordnetenversammlung in der zweiten Jahreshälfte 2006 Beschlussvorlagen zur Aufhebung der bereits realisierten, aber noch nicht in Kraft gesetzten Bauleitplanungen und zur Aufhebung oder Änderung der nicht umgesetzten Bauleitplanungen vorzulegen.**
- 3. Soweit der als Satzung beschlossene Bebauungsplan fehlerhaft ist, hat der Oberbürgermeister die Stadtverordnetenversammlung hierüber und über die Gründe unverzüglich zu informieren.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 5.1 Mitteilungsvorlage - Bauleitplanerische Satzungsbeschlüsse ohne Inkrafttreten durch Schlussbekanntmachung
Vorlage: 06/SVV/0566**

Zur Kenntnis genommen.

**zu 6 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003
Vorlage: 06/SVV/0391**

Zum Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Hauptausschusses ein erläuterndes Schreiben zur rechtlichen Stellungnahme des Ministerium des Innern übergeben worden sowie eine Austauschseite zur Satzung mit der Änderung des Punktes 6 § 4 Beitragssatz, hier: Florastraße, Abschnitt Potsdamer Straße bis Hügelweg.

Herr Goetzmann gibt eine kurze Erläuterung zum Änderungsvorschlag und er gibt anhand von Folien eine Darstellung der Berechnung des Beitragssatzes zur Flo-rastraße als Haupteerschließungsstraße sowie als fiktive Anliegerstraße (siehe Anlage). Herr Goetzmann macht weiter deutlich, dass die Verwaltung in den Rahmenbedingungen nicht frei sei, einen bestimmten Beitrag zu setzen. Man müsse einen sachlichen Anrechnungspunkt finden; die Herausrechnung der Stell-flächen sei das untere Level.

Herr Exner macht seinerseits deutlich, dass es sich um einen Kompromissvor-schlag handele, der kommunalabgabenrechtlich vertretbar sei. Er verweist dar-auf, dass der Beitrag um 12 % reduziert worden sei. Im Weiteren betont Herr Ex-ner nochmals die Notwendigkeit der Beschlussfassung der Satzung in der StVV am 30. August 2006.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Änderungsanträge der DIE LINKE, PDS und der Fraktion Grüne/B90. Die Fraktion DIE LINKE, PDS habe beantragt, dass die Anlieger, die nicht angehört wurden, aus der Satzung herausgenommen werden. Allerdings habe er dem Schreiben des MI entnommen habe, dass dieser radikale Ansatz so nicht durchsetzbar sei. Der Vorschlag der Verwaltung sei je-doch unbefriedigend. Herr Dr. Scharfenberg stellt die Frage nach der Bedeutung des § 10 der Straßenbausatzung. Er habe darum gebeten, auch das Schreiben der Verwaltung an das MI zur Kenntnis zu erhalten. Aus der Antwort des Schrei-ben des MI ergebe sich jetzt, was die Stadt geschrieben habe.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt u.a. Bezug auf Seite 2 des Schreibens des MI, 2. Absatz, wonach die Auffassung der Verwaltung zur Nichtbeachtung der Sat-zungsnorm (§ 10 der Straßenbausatzung) nicht tragfähig ist.... weiter „Diese Sat-zungsregelung enthält eine Verfahrensvorschrift, welche auf jeden Fall eine Ent-scheidungskompetenz der Stadtverordnetenversammlung begründete. Es ist so-mit bei der Durchführung der Baumaßnahme von einem formellen Verfahrensfeh-ler auszugehen.“

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass dies der Dreh- und Angelpunkt des Streits sei. Er äußert seine Verärgerung, dass in dem erläuternden Schreiben der Verwaltung zur rechtlichen Stellungnahme des MI ein falscher Eindruck vermittelt werde. Das, was jetzt vorliege, ermögliche keine abschließende Meinungsbil-dung.

Er schlägt unter Einbeziehung der Überlegung, was in Bezug auf die beiden Straßen an Abschlüssen stattgefunden hat und was bei einer Anhörung an Ab-schlüssen erfolgt wäre, vor, einen Abschlag von 30 % zu errechnen.

Herr Bretz bittet darum, Herrn Schüler zum Änderungsantrag der Fraktion Grü-ne/B90 zu hören und den Tagesordnungspunkt dann zu vertagen, um sich noch-mals grundsätzlich Gedanken machen zu können.

Herr Mike Schubert spricht sich dafür aus, dass man versuchen sollte, eine kon-krete Aussage der Kommunalaufsicht zu erhalten; er sehe sich momentan außer Stande eine Entscheidung zu treffen.

Frau Bankwitz erbittet eine Stellungnahme zu den nicht korrekten Abrechnungen.

Herr Bretz stellt den Geschäftsordnungsantrag: Schluss der Rednerliste.

Frau Knoblich stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Dem Antrag wird mehrheitlich (mit einer Stimmenthaltung) zugestimmt.

Herr Schüler äußert sich zum Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90. Er anerkennt den Kompromissversuch der Verwaltung, mit dem er jedoch nicht zufrieden sei. Er würde den Änderungsantrag seiner Fraktion im Hinblick auf das Kommunalabgabengesetz nochmals prüfen wollen.

Herr Schüler betont im Weiteren, dass es wichtig sei, dass man dort ansetze, wo Fehler begangen worden seien, hier nämlich die fehlende Bürgerbeteiligung, insofern wolle er den Änderungsantrag auch nicht zurücknehmen.

Frau Bankwitz bezweifelt, dass nur bei zwei Baumaßnahmen die Anwohner nicht beteiligt worden sind; bei den Straßenbaumaßnahmen in der Berliner Straße seien die Bürger auch nicht beteiligt worden. Sie empfindet es nicht für richtig, dass die lautesten Bürger zufriedengestellt werden, damit sei das Problem an sich nicht gelöst. Im Weiteren äußert sie Zweifel, ob die Bürger, die nicht einverstanden sind, den nunmehr errechneten Beitrag auch bezahlen.

Herr Exner verweist in seinen Ausführungen u.a. darauf, dass man von der Kommunalaufsicht wohl nichts anderes bekommen werde als die vorliegende rechtliche Stellungnahme. Er weist darauf hin, dass die beiden Änderungsanträge nach der Stellungnahme des MI nicht rechtskonform sind. Und er verweist darauf, dass man nicht 12 oder 30 % festlegen könne, die Satzung müsse gerichtsfest sein, d.h. man müsse etwas finden, was als Satzung die Grundlage für bestandskräftige Bescheide biete.

Herr Krause verweist u.a. darauf, dass diese Nichtbeteiligung zur Folge habe, dass die Bürger widersprechen können; bei über 50 % Widersprüchen hätte die StVV zu entscheiden. Hier gehe es doch darum, dass den Beteiligten das Anhörungsverfahren verloren gegangen ist; dies müsse nachgeholt werden.

Die Rednerliste ist beendet.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**zu 7 Neuregelung der Vorlagepflichten der PRO POTSDAM GmbH im Hauptausschuss
Vorlage: 06/SVV/0485**

Herr Exner schlägt vor, im Punkt 1 des Beschlussvorschlages, im ersten Anstrich folgende Streichung vorzunehmen:

„Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,“ > **„soweit nicht eine Festsetzung im Wirtschaftsplan erfolgt ist.“ ist streichen.**

Frau Knoblich stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Dem geänderten Beschlussvorschlag wird mehrheitlich (mit 2 Stimmenthaltungen) zugestimmt.

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Folgende für die Beratung und Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der PRO POTSDAM GmbH vorgesehenen Tagesordnungspunkte

werden zuvor dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben:

-- Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
- Feststellung und wesentliche Änderung des Wirtschaftsplanes,
- Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses.

2. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06. September 1995 zu Punkt 5. der Drucksache Nr. 95/0297/2 wird mit Wirkung für die Zukunft aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 8 Externe Besetzung der Stelle 330 000 03, Fachbereichscontroller/in für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt
Vorlage: 06/SVV/0569**

Herr Ernst bringt die Vorlage ein.

Herr Exner beantwortet die Nachfrage von Herrn Krause zur Befristung der Stelle und verweist auf die diesbezügliche Festlegung des Oberbürgermeisters im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts.

Frau Knoblich stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit der Nummer 330 000 03, Fachbereichscontroller/in für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt mit dem Stellenwert E 9 TVöD/ TVÜ/ VKA (ehemals IVb, Fg 1a BAT-O) wird extern zur Besetzung befristet für zwei Jahre ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

**zu 9 Externe Stellenausschreibung 'SB Bußgeld- und ordnungsbehördliche Verfahren'
Vorlage: 06/SVV/0609**

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein.

Herr Grünberg stellt die Frage, warum diese Stelle nicht befristet ist und bittet dies zu prüfen.

Die Frage kann nicht beantwortet werden.

Herr Grünberg spricht sich dafür aus, die Ausschreibung vorzunehmen, bittet jedoch um Stellungnahme vonseiten der Verwaltung.

Frau Knoblich stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 465 300 09 „SB Bußgeld- und ordnungsbehördliche Verfahren“ im Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung, Bereich Bauaufsicht (4), wird mit der Entgeltgruppe E 9 TVöD / VKA extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Gegenstimme.

Und unter dem Vorbehalt der nachzureichenden Stellungnahme zur Nichtbefristung der Stelle.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

zu 10.1 Sachstandsbericht zum Freizeitbad Potsdam

Herr Exner informiert, dass es auf Grund modifizierter Antragsunterlagen jetzt „grünes Licht“ vom Wirtschaftsministerium für den „normalen“ Fortgang des Verfahrens für das Freizeitbad gebe, das heißt, die Unterlagen werden der ILB zur Prüfung übergeben. Mit Datum vom 15.08.06 gebe es die Abgabennachricht vom Wirtschaftsministerium. Die Angelegenheit ist wieder im Geschäftsgang der ILB.

Wie Herr Exner zu den Hintergründen weiter informiert, sei in den Arbeitsgesprächen mit dem Wirtschaftsministerium sondiert worden, was möglich ist. Ein wichtiger Ansatz sei gewesen, dass alle Kostengruppen der Investitionssumme hinsichtlich einer Reduzierung durch die Stadtwerke nochmals geprüft wurden. Man habe mit drei Teams nach Sparpotenzial suchen lassen; dadurch konnten die Gesamtinvestitionskosten von rd. 3,5 Mio € vermindert werden. Im Ergebnis konnte die Investitionssumme im Antragsverfahren auf 29,7 Mio € reduziert werden. Davon 80 % Förderung = ca. 24 Mio € plus Eigenanteil der Stadt von 9 Mio € - Gesamtinvestitionssumme = 32,9 Mio €.

Herr Paffhausen gibt eine kurze Erläuterungen zu den Positionen der Kostenreduzierung. Wie er betont, habe man darauf geachtet, dabei die Attraktivität und Funktionalität der Freizeitbadanlage zu erhalten. Was man aus dem Projektvolumen herausgenommen habe, sei die Sanierung der alten Schwimmhalle. Diese sei, wie auch schon die Sanierung der Schwimmhalle Am Stern, von der Bäderlandschaft GmbH zu finanzieren (ca. 3 Mio €). Die alte Schwimmhalle erhalte ein wellenförmiges Niemeyer-Dach und das Dach werde aus Holzbindern gebaut. Man habe weiterhin Fensterflächen verkleinert bzw. Fenster selbst geändert. Es seien Einsparungen bei den Materialien bei der Unterkellerung, Bodenbelägen etc. vorgenommen worden. Der Business-Plan werde sich nicht verschlechtern, auf die Qualität der Gesamtanlage werde gemeinsam mit den Architekten und Ingenieurbüros geachtet.

Herr Dr. Scharfenberg weist in seinen Ausführungen insbesondere darauf hin, dass in der langen Diskussion zu diesem Vorhaben eine Reduzierung der Summe abgelehnt wurde und gesagt worden sei, für eine geringere Summe bekomme man kein Niemeyer-Bad. Herr Paffhausen habe gesagt, die Attraktivität und Funktionalität werden nicht unter der Reduzierung leiden. Herr Dr. Scharfenberg stellt die Frage, wie es möglich ist, dieses Vorhaben bei dieser erheblichen Finanzreduzierung im Wesentlichen zu erhalten.

Herr Paffhausen weist u.a. darauf hin, dass sich die Reduzierung auf rd. 3,5 Mio € beziehe; alles andere sei eine Verlagerung von Kosten. Die Architekten seien nochmals zur Prüfung von Reduzierungen aufgefordert worden; dies unter der Androhung, dass ansonsten dieses Projekt sterbe. Man habe alles herausgenommen, was realisierungsfähig sei.

Herr Schubert hätte gern eine transparente Darstellung über die einzusparenden Maßnahmen. Diese Übersicht wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Im Übrigen verweist Herr Schubert auf die geänderten Materialien und fragt nach, ob sich in Anbetracht dieser gesamten Änderungen immer noch um einen „100 % igen Niemeyer“ handelt.
Dies wird bestätigt.

Herr Dr. Scharfenberg fragt weiter nach, 1.) ob jetzt keine Ausschreibung zu diesem Vorhaben mehr stattfindet, 2.) wie sicher ist es, dass nicht doch durch die EU-Vorgaben, eine Verlagerung erfolgt (nach EU-Richtlinien werden solche Vorhaben nicht mehr gefördert) und 3. bittet Herr Dr. Scharfenberg darum, dass in dem weiteren Vorgehen mit mehr Transparenz gearbeitet werde.

Herr Exner äußert u.a. zur Ausschreibung, dass es sich lediglich um die Leistungsphasen 1-3 der Architektenleistung gehandelt habe, die nicht ausgeschrieben worden sei. Im übrigen sei ein Wettbewerb vergeben worden bzw. werden dann die Bauleistungen im Wettbewerb vergeben. § 5 VOF lasse es unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise zu, so wie geschehen, von einer Ausschreibung abzusehen. Hierzu habe es auch eine schriftliche Bestätigung der ILB gegeben. Dem Wirtschaftsministerium sei es vermutlich nicht um eine Ausschreibung der genannten Leistungsphasen im rein formalen Sinne gegangen, sondern darum sicherzustellen, dass ein marktüblicher Preis erzielt werde. Die geforderte Ausschreibung sollte in diesem Sinne Mittel zum Zweck sein. Hinsichtlich der öffentlich gewordenen und zum Teil missverstandenen Antwort der EU-Kommission auf die Anfrage eines Europaabgeordneten sei festzustellen, dass bereits seit einiger Zeit vom Land nicht mehr vorgesehen sei, EFRE-Mittel „beizumischen“, was auch Inhalt der Antwort der EU-Kommission sei.

Herr Bretz fragt nach einer Zeitschiene, bis wann mit einem Ergebnis der Prüfung durch die ILB zu rechnen sei.

Herr Exner kann keinen Termin nennen; wie er anmerkt, hoffe man auf einen Baubeginn im nächsten Jahr. Die Bauzeit werde dann voraussichtlich 24 Monate betragen.

Herr Grünberg widerspricht der Verabredung zur Wahrung von Stillschweigen über die Arbeitsgespräche mit dem Ministerium; das Freizeitbad sei eine öffentliche Angelegenheit, die die Bürger der Stadt betreffe und da müssen die Dinge auch öffentlich besprochen werden. Er ist der Auffassung, dass man heute dann schon weiter wäre.

zu 10.2 Standortentwicklungsprogramm

Herr Goetzmann informiert zum Thema SEK/INSEK, dass in der nächsten Woche (21.08.06 und 24.08.06) die beiden noch ausstehenden Anhörungen stattfinden. In dem letzten Anhörungsgespräch erhalten die Stadtverordneten Gelegenheit, einen Überblick zu bekommen. In die StVV am 30.08.06 werde eine Vorlage eingebracht, die zum Ziel habe, die Entscheidung zum Standortentwicklungskonzept

auf den Hauptausschuss zu delegieren.

Beabsichtigt sei, den Mitgliedern des Hauptausschusses die fertigen Unterlagen am 1. September 2006 zu übergeben, damit die Beratung in den Fraktionen am 04.09.06 und am 6. September 2006 im Hauptausschuss erfolgen kann, um notwendige Änderungen/Einarbeitungen bis Abgabeschluss 15.09.06 vornehmen zu können.

Herr Goetzmann bittet um Bestätigung dieses Vorschlages.

Herr Mike Schubert ist der Meinung, dass das Standortentwicklungsprogramm weitreichende Folgen habe und insoweit sei es günstiger, wenn die Stadtverordnetenversammlung durchaus auch nach Abgabeschluss ein Votum zum Standortentwicklungsprogramm abgibt, dieses also formal per Beschluss bestätigt.

Herr Exner weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung die Möglichkeit vorsehe, die Beschlussfassung auf den Hauptausschuss zu delegieren, wenn man nicht den Hauptausschuss sogar für zuständig halten könne. Der Terminplan hierfür sei vorgegeben.

Herr Dr. Scharfenberg unterstützt zunächst das Anliegen; er stellt die Frage, inwieweit es noch Spielraum gebe; das ganze Verfahren sei sehr angespannt; auch beim Land schein es noch Unklarheiten zu geben. Er schlägt vor, dass mit der Bereitstellung der entsprechenden Unterlagen die Verwaltung, hier der GB 4 kompetente Mitarbeiter zur Beratung in die Fraktionen entsendet. Dann habe die Diskussion im Hauptausschuss am 06.09.06 auch einen anderen Hintergrund.

Herr Goetzmann äußert dazu, dass dem nichts im Wege stehe, das Konzept in den Fachausschüssen zu diskutieren. Der Verwaltung war jedoch daran gelegen, vor Abgabe eine Meinungsbildung vorzunehmen. Das Standortentwicklungskonzept sei ja ein Prozess, der über die Jahre fortgeschrieben werde. Die Begleitung vonseiten der Verwaltung in den Fraktionen möchte er gern gewährleisten.

zu 10.3 Stadt der Wissenschaft

Herr Exner informiert kurz zum Thema: Stadt der Wissenschaft
Seitens des Vorstandes proWissenschaft werde eine Bewerbung der Landeshauptstadt als sinnvoll erachtet. Diese sei allerdings nur erfolgreich, wenn sich Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Institutionen und Unternehmen breit hinter die Bewerbung stellen und den Konzeptrahmen kreativ füllen. Zu diesem Zweck werde von der Landeshauptstadt, der IHK und von proWissenschaft zur Auftaktveranstaltung am 28. August 2006 in den Räumlichkeiten der IHK eingeladen.

zu 11 Sonstiges

11.1 Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Beantwortung einer Kleinen Anfrage, betr.: Bürgerkommune, mit der er nicht zufrieden ist.

Er ist der Auffassung, dass man sich in absehbarer Zeit mit dem Thema „Bürgerkommune“ im Hauptausschuss befassen müsse und bittet die Verwaltung eine Zwischenbilanz zu ziehen; dies sollte als konstruktive Kritik eingeordnet werden.

Herr Exner verweist in diesem Zusammenhang auf die in der kommenden Woche stattfindende Beratung zum Bürgerhaushalt. Er wolle darauf drängen, für das 2. Halbjahr 2006 eine Priorität zu setzen und da die Einführung

des doppischen Rechnungswesens an erster Stelle zu sehen.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Exner, ob eine mündliche Berichterstattung ausreiche, äußert Herr Dr. Scharfenberg, dass etwas Schriftliches besser wäre.

11.2 Herr Dr. Scharfenberg spricht die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam um den Zuschlag der Bundesstiftung Baukultur an. Die Bewerbung liege schriftlich vor; dabei habe er aus der Bewerbung entnommen, dass der Stadt keine Kosten entstehen; er sei der Auffassung, dass der Stadt sehr wohl Kosten entstehen und insoweit bittet Herr Dr. Scharfenberg um konkretere Informationen an die Fraktionen.

11.3 Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf den Auftrag der StVV zur Übertragung der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren an die Stadtwerke. Er bittet darum, dass man sich im Hauptausschuss über den Stand verständigt und vonseiten der Verwaltung dargelegt wird, was beabsichtigt ist.

11.4 Herr Schubert richtet die Frage an die Beigeordnete Frau Gabriele Fischer, ob die Stadt Initiativen bezüglich einer Bewerbung als Austragungsort der Frauenfußball-Weltmeisterschaft 2011 ergriffen habe.

Frau Fischer antwortet, dass der DFB derzeit eine Machbarkeitsstudie erarbeitet und man momentan prüfe, welche Städte Deutschlands hier die Voraussetzungen haben.